

15. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der Linkspartei.PDS

Neues Berliner Landesenergieprogramm: Klima schützen, Energieverbrauch senken, Haushalt entlasten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die erfolgreiche Klimaschutzpolitik des Senats soll durch ein neues Landesenergieprogramm fortgesetzt und entsprechend der neuen Herausforderungen (Reduktion der CO₂-Emissionen stagniert, steigende Energiepreise usw.) weiterentwickelt werden. Es soll deutlich über die bisherigen Maßnahmen hinausgehen, damit die beschlossene CO₂-Reduktion um 25 % bis 2010 (entsprechend Energiekonzept 1994) noch erreicht werden kann.

Hierfür sind die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Maßnahmen zum Klimaschutz (Drs. 15/4577 „Weg von fossilen Energieträgern – Umweltschutz schafft Arbeit“) im Landesenergieprogramm zu verankern und die Umsetzung zu konkretisieren.

Darüber hinaus sind folgende Punkte im Landesenergieprogramm aufzunehmen:

- Das Programm soll sich an den klimaschutzpolitischen Zielen der Bundesregierung orientieren, die Ausweitung der Nutzung erneuerbarer Energien ist zu präzisieren.
- Es sind verbindliche Vorgaben zur Energieeffizienz für alle landes- und bezirkseigenen Gebäude zu definieren.
- Im Programm ist verpflichtend festzuschreiben, dass für diese Gebäude regelmäßig ein Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen der Beibehaltung des Status Quo und Investitionen zur Energieeinsparung nach dem Stand der Technik vorzunehmen ist.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

- Alle öffentlichen Einrichtungen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften haben bis zum 31.12.2006 über ihre bisherigen CO₂-Minderungsmaßnahmen zu berichten und zu begründen, warum sie ggf. noch keine Energiesparmaßnahmen durchgeführt oder Einsparverträge abgeschlossen haben. Anschließend haben sie regelmäßig, gestaffelt nach dem erreichten Stand der Energieeffizienz, zu berichten. Bei einem sehr hohen Stand ist ein erneutes Monitoring nach fünf Jahren vorzunehmen, bei einem mittleren Stand nach drei Jahren und bei einer geringen Energieeffizienz bereits nach einem Jahr.

Über die Umsetzung ist dem Abgeordnetenhaus von Berlin bis zum 31.10.2006 zu berichten. Der Bericht soll auch die Maßnahmen des abgelaufenen Landesenergieprogramms evaluieren.

Begründung:

Das Landesenergieprogramm hatte eine Laufzeit von 2000-2003, daher ist eine Auswertung der Berliner Klimaschutzpolitik dringend geboten, um so Konsequenzen für die weitere Klimaschutzpolitik ziehen zu können.

Die zur Verfügung stehenden Instrumente und Möglichkeiten zur Energieeinsparung werden von öffentlichen Einrichtungen und den Unternehmen mit Landesbeteiligung bisher nur unzureichend genutzt. Das ist im Interesse des Klimaschutzes, aber auch haushaltspolitisch nicht weiter akzeptabel. Die jährlichen Ausgaben für Energie und Wärme aller öffentlichen Gebäude Berlins belaufen sich auf mehr als 150 Millionen Euro pro Jahr, so dass schon eine geringe Energieeinsparung zu spürbaren Entlastungen im Haushalt führen kann.

Gleichzeitig ergeben sich deutliche Impulse für die Verbesserung der Beschäftigungs- und Umweltsituation in Berlin. Die Steigerung der Lebensqualität in der Stadt geht einher mit dem Schaffen neuer Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Bereichen des Mittelstands und des Handwerks. Dies wird insbesondere durch die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes und die Ausweitung der Energiegewinnung aus solarthermischen Anlagen gelingen. Das in diese Bereiche investierte Geld fließt nicht in die erdöl- oder gasfördernden Länder, sondern entlastet unmittelbar das städtische wie das globale Klima von unnötigen Emissionen, fördert die lokale Wertschöpfung und steigert den Umsatz der örtlichen Handwerksbetriebe.

Das erfolgreiche und bundesweit beachtete Modell der Energiesparpartnerschaften ist ein gutes Beispiel, wie die ökologische Modernisierung einen Beitrag zur Kostenentlastung, der Ressourcenschonung und der Schaffung von Arbeitsplätzen leistet. Diese positive Entwicklung ist nicht nur zu beschleunigen, sondern auch in eine neue Phase zu überführen. Künftig sind die Potentiale der Energieeffizienz stärker auszuschöpfen, indem die Gebäude nicht nur neue Heizungsanlagen, sondern auch eine Wärmeisolierung erhalten.

Berlin, den 14. Februar 2006

Müller Buchholz Prof. Dr. Rogall
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Liebich Hinz
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der Linkspartei.PDS